

Wurzeln der Stiftung

Zum besseren Verständnis des Textes sei vermerkt, dass in der Fachsprache der damaligen Zeit geistig Behinderte auch als geistig Geschädigte, Schwachsinnige oder Oligophrene (graduell abgestuft als Debile und Imbezille) bezeichnet wurden.

Wurzeln der Stiftung reichen bis weit in das vergangene Jahrhundert in den Stadtbezirk Berlin – Lichtenberg zurück. Im Jahre 1954 schuf das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR Vorkehrungen, die auch zur Erfassung von Kindern mit geistigen Störungen dienten. Es regelte zugleich die Betreuung von geistig Geschädigten der psychiatrischen Beratungsstellen auf Kreisebene. In Berlin-Lichtenberg übernahm die Beratungsstelle des Fachkrankenhauses für Neurologie und Psychiatrie (FK) diese Aufgabe. Sie sollte sich besonders um die Gruppe der Oligophrenen kümmern. Es handelte sich bei den Erfassten jedoch nicht um eine homogene Gruppe. Die Mehrzahl bestand vorerst noch aus Kindern im Vorschulalter. Sofern die Familien dieser Kinder in der Lage waren, sie zu betreuen, beschränkte sich die Hilfeleistung auf die ärztliche Versorgung und Beratung. Mütter, die wie die Mehrzahl der Frauen in der DDR, berufstätig waren und bleiben wollten, forderten jedoch auch eine Tagesbetreuung für ihre Kinder, mitunter auch eine Heimunterbringung. Diese Betreuungsformen wurden noch aus ganz anderen Gründen dringend erforderlich. Es galt, auch familiengelöste Kinder oder Kinder aus erziehungsuntüchtigen Familien zu versorgen. Schließlich waren schwerst-bettlägrig Geschädigte zu berücksichtigen. Die bestehenden Kapazitäten in Kliniken oder Heimen reichten dafür nicht aus. Seit den fünfziger Jahren schloss das FK Verträge mit konfessionellen Einrichtungen zur Aufnahme von 200 bis 300 Kindern und Jugendlichen. Das FK selbst eröffnete 1960 das Haus 11, einen geeigneten Flachbau für die Betreuung geistig geschädigter Kinder. Frau Dr. Blumenthal ist es zu verdanken, dass sie eine Tagesklinik im FK einrichtete, die besonders den Vorteil der Familiennähe besaß.

Geistig geschädigte Kinder im Schulalter, sofern sie nicht im damaligen Verständnis als schwerstgeschädigt, pflegebedürftig und bildungsunfähig galten, fanden in den fünfziger/sechziger Jahren in Berlin oft im C-Zug von Hilfsschulen Aufnahme. Diese Praxis unterband das Ministerium für Volksbildung 1968 durch einen Verwaltungsakt. Es galten fortan Kinder, die die Kulturtechniken, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, nicht erlernen konnten, als schulbildungsunfähig. Die Auffassung, diese Kinder gehörten in die Obhut des Gesundheits- und Sozialwesens, rührte von der Weimarer Republik her. Sie wirkte noch in ganz Deutschland nach, obwohl sie nicht mehr zu rechtfertigen war. Deshalb ergriffen engagierte Eltern mit Unterstützung der Ärztin Dr. Gerda Jun in Lichtenberg die Initiative und bewirkten die Eröffnung spezieller erster Einrichtungen für diese Kinder in der Pfarrstraße 140 und in der Archenholdstraße 102, die später Fördereinrichtungen hießen. Sie nahmen zwar einen Platz im Rahmen der Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens ein, trugen ihrem Wesen nach aber einen pädagogische Charakter und standen unter der Leitung von Rehabilitationspädagogen. Die erste neu gebaute „Sonderkindertagesstätte“ öffnete 1974 in der Volkradstraße in Berlin – Lichtenberg ihre Tore für 120 Kinder.

Frau Dr. Katzenstein hatte in den sechziger Jahren in Lichtenberg Vorläufer der späteren „Geschützten Werkstätten im Gesundheits- und Sozialwesen“ und der „Geschützten Abteilungen in volkseigenen Betrieben“ für hochgradig Behinderte eingerichtet.

Prof. Dr. Hagemann, der Ärztliche Direktor des FKs, kommentierte diese Entwicklung insofern mit Genugtuung, als sich damit progressive extramurale, d. h. klinikferne, Betreuungsformen für einen großen Teil geistig Geschädigter durchgesetzt hatten. Dafür trat nun eine weitere Kategorie Geschädigter in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit, deren Betreuung dem FK zufiel. Sie führte zur Errichtung eines „Heimes für Geschädigte“ auf dem Gelände des FKs. Diese Einrichtung litt jedoch lange Zeit zum Nachteil der Bewohner unter den Auswirkungen des Missverhältnisses der Ansprüche an die Baulichkeit eines solchen Heimes und der de facto gegebenen Struktur sowie Ausstattung des verwendeten Typenbaus.

Angesichts der wachsenden Aufgaben, die auf dem Gebiet der Rehabilitation zur Erfüllung anstanden, schien es geraten, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und einer Zersplitterung der begrenzten Ressourcen zu begegnen. Der Magistrat von Berlin (Ost) fasste deshalb 1978 den Beschluss zur „Verbesserung der Organisation der komplexen Rehabilitation“ und begann Stadtbezirksstellen für Rehabilitation zu schaffen.

Stadtbezirksstelle für Rehabilitation, 1983 - 1989

Die Stadtbezirksstellen verfolgten das Ziel, die Einrichtungen und Dienste für alle schwer- und schwerstgeschädigten Bürger und Bürgerinnen koordiniert wirksam werden zu lassen. Ihnen standen Rehabilitationskommissionen zur Seite, die ausschließlich ehrenamtlich arbeiteten.

In Berlin – Lichtenberg erhielt der Diplom-Pädagoge Helmut Siebert 1983 den Auftrag, die vorhandenen Einrichtungen in einer solchen Rehabilitationsstelle zusammen zu fassen. Dazu gehörten die Rehabilitationspädagogische Tagesstätte für schulbildungsunfähige förderungsfähige Kinder, zwei Rehabilitationspädagogische Tagesstätten für Erwachsene und sowie das o.g. Heim mit 140 Plätzen. Der Stadtbezirksstelle oblag weiterhin das Beratungswesen von Bürgern mit Behinderungen und deren Angehörigen. Über die Rehabilitationskommission ergaben sich Kontakte zu den Verantwortlichen für das Begutachtungswesen, medizinischen Rehabilitationseinrichtungen und den Trägern der beruflichen und sozialen Rehabilitation. Der eingeschlagene Weg erwies sich als rationell und produktiv. Daraus ergab sich beinahe zwangsläufig das Bestreben, alle Kräfte in interdisziplinärer Zusammenarbeit von der sekundären / tertiären Prävention über die Rehabilitation bis zur nachgehenden Betreuung unabhängig vom Lebensalter zu organisieren. Dieses Bestreben hat in den Begriffen „Komplexe Rehabilitation" und „Rehabilitationskette" seinen Ausdruck gefunden.

Dieser Tendenz trug eine Anordnung Rechnung. Die „Anordnung über die Aufgaben des Gesundheits- und Sozialwesens auf dem Gebiet der Rehabilitation geschädigter Bürger" vom 9. Dezember 1986 (GBL I 1987, Nr.2) verfügte u. a. die Bündelung der Kräfte in Stadtbezirksrehabilitationszentren. Im März 1988 beschloss der Rat des Stadtbezirks Berlin – Lichtenberg, die bestehende Stadtbezirksstelle für Rehabilitation zu einem Stadtbezirksrehabilitationszentrum zu erweitern.

Stadtbezirksrehabilitationszentrum Berlin – Ost, 1989 - 1990

Das Stadtbezirksrehabilitationszentrum Berlin-Lichtenberg umfasste am 1. Januar 1989 an Einrichtungen

1. eine Fördertagesstätte für Kinder und Jugendliche mit 130 Plätzen,
2. ein „Heim für Geschädigte“ mit 140 Plätzen,
3. ein „Geschütztes Wohnheim“ mit 20 Plätzen,
4. ein Trainingswohnhaus mit 18 Plätzen,
5. eine Wohngemeinschaft für 4 Personen,
6. eine Geschützten Werkstatt* des Gesundheits- und Sozialwesens mit 140 Plätzen an drei Standorten,
7. einen Freizeitklub integrativen Charakters.

Der Abteilung Soziale Rehabilitation des Zentrums oblag

1. die Früherfassung Geschädigter* sowie die Einleitung notwendiger Betreuungs- und Rehabilitationsmaßnahmen,
2. die Sicherung geeigneter Arbeits- und Wohnmöglichkeiten für Geschädigte*,
3. die Versorgung mit technischen Rehabilitationshilfen,
4. die Zusammenarbeit mit dem Blinden- und-Sehgeschwachen-Verband, dem Gehörlosen- und-Schwerhörigen-Verband und dem Deutschen Verband für Versehrten-sport der DDR,
5. die unmittelbare Beratung und Unterstützung geschädigter* Bürger bzw. der Familien mit geschädigten* Angehörigen,
6. die Mitarbeit in der Kreisrehabilitationskommission und der Wiedereingliederungskommission des Stadtbezirks.

(* zeitgenössische Termini)

Die Leitung des Zentrums hatte Dipl.-Pädagoge Helmut Siebert inne. Ihm standen 247 Mitarbeiter zur Seite.

Die wachsenden Rehabilitationsansprüche konnten systematisch befriedigt werden, sofern dem Bestreben nicht zunehmende „materielle Engpässe“ entgegenstanden, ebenso wie politischer Argwohn der übergeordneten Administration gegenüber Selbsthilfegruppen und falsch verstandene Fürsorgepflicht, die in doktrinaire Gängelei mündete. Die genannten Mängel erschwerten die Leitung des Rehabilitationszentrums, machten manches Erfolg versprechende Vorhaben zunichte und bedrückten engagierte Leiter und Mitarbeiter.

Diejenigen, die sich der Rehabilitation verpflichtet nicht entmutigen ließen, ergriffen im Zuge der Reformbestrebungen innerhalb der DDR die Initiative zur Überwindung der systemeigenen Unzulänglichkeiten und suchten eine zukunftsorientierte Lösung. Sie führte zur Gründung des „Rehabilitationszentrums Berlin – Ost e. V.“

Rehabilitationszentrum Berlin – Ost e. V., 1989 - 2008

Auf Empfehlung erfahrener Berater gründeten am 8. August 1990 13 Angehörige von Rehabilitanden, Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen des Stadtbezirksrehabilitationszentrums und interessierte Bürger / Bürgerinnen den gemeinnützigen Verein „Rehabilitationszentrum Berlin – Ost e. V.“ Allerdings erkannte das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg die vom Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte beurkundete Gründung des Vereins zunächst nicht an und verweigerte dessen amtliche Registrierung. Auf der erforderlichen zweiten beurkundeten Gründungsveranstaltung am 1. November 1990 wählten 10 Gründungsmitglieder den Vorstand wie folgt:

1. Vorsitzender Helmut Siebert
 2. Vorsitzender Udo Kantwerk
- Schatzmeister Ingrid Rochner
Beisitzer Prof. Dr. Gerhart Lindner
Beisitzerin Dr. Heike Berger

In internen Arbeitsmaterialien bekundeten die Mitglieder des Vereins ihr Bestreben, die bewährte stadtbezirkseigene Rehabilitationsarbeit fortzusetzen und dabei gute Erfahrungen anderer zu übernehmen.

Mitgliedschaft im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband

Der Verein konnte sich dabei der Unterstützung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin e. V., versichern. Er wurde dessen Mitglied er am 1. Juli 1990.

Übernahme von Teilen des Stadtbezirksrehabilitationszentrums in eigene Regie

Der Verein war bestrebt, das Rehabilitationszentrum in eigene Regie zu übernehmen. Bereits 1991 bestätigte die Bezirksverordnetenversammlung des Stadtbezirks Berlin-Lichtenberg die Übergabe großer Teile des Stadtbezirksrehabilitationszentrums an den Verein. Es handelte sich mit Wirkung vom 1. Oktober 1991 um die Werkstatt für Behinderte, die durch die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR bereits am 21. 8. 1990 anerkannt worden war. Am 1. Januar 1992 wurden die Wohnstätten, das Trainingswohnhaus, die Wohngemeinschaften sowie der Freizeitklub übergeben. Nur das Beratungswesen und die Fördertagesstätte für Kinder und Jugendliche verblieben in kommunaler Trägerschaft.

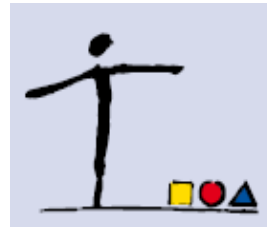
Die notwendigen juristischen Vorkehrungen für die damit verbundenen Verträge über den Trägerwechsel und die Geschäftsführung der übertragenen Bereiche waren insofern getroffen worden, als H. Siebert am 11. September 1991 als 1. Vorsitzender des Vereins entlastet worden war und als designierter Geschäftsführer des Vereins die Arbeit aufnahm. Die Wahl des neuen Vorstands Anfang September fiel auf

Ingrid Finzel, 1. Vorsitzende
Udo Kantwerk, Stellvertreter des 1. Vorsitzenden
Waltraud Quabbe, Beisitzerin
Dr. Heike Berger, Beisitzerin
Prof. Dr. Klaus Heuer, Beisitzer

Arbeitsvorhaben des Vereins

Als vordringliche Aufgabe sah der Verein die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen der Rehabilitanden sowie die Erhöhung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten an. Dank der Fördermittel, die Anfang der neunziger Jahre gewährt wurden, konnten viele einzelne Vorhaben sogleich erfolgreich aufgenommen und abgeschlossen werden. Zeitgleich stiegen die Ansprüche an die Leitung des Vereins und des Geschäftsführers, speziell an deren sozialpolitische wie wirtschaftliche Kompetenz. Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, mussten die Satzung sowie die Binnenstruktur des Vereins entsprechend gestaltet werden. Demzufolge berief die Mitgliederversammlung am 1. Dezember 1992 in einer Wahlhandlung einen neuen Vorstand:

Prof. Dr. Klaus - Peter Becker, 1. Vorsitzender
Ingrid Finzel, Stellvertreterin des 1. Vorsitzenden
Uwe Berg, Beisitzer
Prof. Dr. Klaus Heuer, Beisitzer
Prof. Dr. Gerhart Lindner, Beisitzer



Herr Drischmann, Schatzmeister

In der folgenden Wahlperiode wechselte Prof. Dr. Klaus Heuer seine Position mit Frau Finzel.

Es folgte eine Änderung der Satzung und das Logo des Vereins wurde bestätigt. Das Logo zeigt einen balancehaltenden Menschen. Balance im Leben müssen alle Menschen halten, gleichgültig ob mit oder ohne Behinderung. Den Menschen mit Behinderungen bietet der Verein seine Unterstützung an und stellt die Frage: womit und wie können wir helfen.

Die drei farbigen Symbole verweisen auf die Bereiche der Hilfe: das gelbe Viereck symbolisiert Arbeit und Beschäftigung, Fort- und Weiterbildung. Der rote Kreis steht für Freizeit, Bewegung und Sport, Reisen und Kultur. Das blaue Dreieck symbolisiert das Wohnen.

Der Verein mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nahm sich vor, Menschen mit Behinderungen individuell zu unterstützen und einen Beitrag zu einem selbstbestimmten Leben zu leisten.

Die Vereinsarbeit verlief in den anschließenden Wahlperioden von 1992 bis 2008 satzungsgemäß und ohne Beanstandungen.

Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand nach der Bestätigung des jeweiligen Jahresberichts durch die BPG Beratungs – Prüfungsgesellschaft mbH – Wirtschaftsprüfungs- gesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft. Die Zusammensetzung des Vorstandes blieb nahezu unverändert. Vorstandssitzungen fanden regelmäßig aller 6 Wochen statt. Sie folgten dem jeweiligen Jahresarbeitsplan bzw. entsprachen aktuellen Erfordernissen. Kontinuierlich und systematisch kamen zur Sprache:

- Aktuelles aus den Gesellschaften
- Erörterungen sozialpolitischer Problem, z. B. Die Behindertenrechtskonvention
- Projekte, z. B. Bauvorhaben wie das Demenzwohnhaus
- Veranstaltungen, z. B. Fachtagungen
- Besondere Aktivitäten, z.B. Veranstaltungen von SOD
- Stiftung als Vermieter

Jahre erfolgreicher Arbeit führten zu einer kontinuierlichen Erweiterung der Kapazitäten und zu der Vervollkommnung der Qualität der zu leistenden Assistenz- und Betreuungsaufgaben.

Die Entwicklung spiegelt sich in wichtigen Bereichen wider, wie

1. in der **LWB - Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH,**
2. in der **RBO - Rehabilitationszentrum Berlin - Ost gGmbH,**
3. in der **Gemeinwesen – Integrierten – Wohnanlage (GIW) Mühlenberg gGmbH in Schollene, Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt .**

Der e. V. Rehabilitationszentrum Berlin – Ost konnte dank seiner fachlichen Kompetenz ein soziales Projekt mit Unterstützung der Landesregierung Sachsen-Anhalt ausführen. Im Zuge der Enthospitalisierung sollten Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung die Möglichkeit erhalten, in einer integrativen Wohnform zu leben. Der Verein errichtete im Verlaufe von 2 Jahren im sozialen Wohnungsbau die Wohnanlage auf dem Mühlenberg in Schollene. Sie umfasst fünf Wohnkomplexe mit 20 Ein-Personen-Wohnungen von 59,9 m² und 10 Zwei-Personen-Wohnungen von 69,5 m², die barrierefrei gebaut und mit einem Wohnberechtigungsschein zu beziehen sind. Außerdem können die Dachgeschosswohnungen von 40 bzw. 46 m² ohne Wohnberechtigungsschein gemietet werden. Drei Häuser wurden als s.g. „Heimhäuser“ mit einer Kapazität von 30 Plätzen errichtet. Die

Wohnanlage wurde 1998 ihrer Bestimmung übergeben. In die Wohnanlage integriert ist ein Hotel mit Restaurant, das von einem Pächter bewirtschaftet wird.

4. In der Übernahme der Jugendeinrichtung Sonnenstrahl,

5. in dem Freizeitklub

Bereits seit 1988 besteht in den Räumen der ehemaligen Rehabilitationspädagogischen Tagesstätte für Erwachsene in der Archenholdstraße in Berlin- Lichtenberg ein integrativer Freizeitklub für Menschen mit und ohne Behinderungen eingerichtet. Der Freizeitklub bietet wochentäglich Freizeitbeschäftigungen sowie Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen an. Er richtet sich in erster Linie an Menschen mit Behinderungen, die in eigenen Wohnungen oder in Wohngemeinschaften leben.

Zur Unterstützung der Urlaubsgestaltung werden Urlaubsreisen organisiert. Der Klub erfreut sich über die Jahre hinweg eines konstanten und regen Zuspruchs. Seit 2012 befindet sich der Freizeitklub im „Haus der Generationen“ in der Paul-Junius-Straße 57.

6. von Special Olympics

Obwohl die Bedeutung des Sports auch für geistig behinderte Menschen schon lange unumstritten war, verwehrt man ihnen lange Zeit eine eigens für sie geeignete Sportorganisation. Erst das persönliche Schicksal der Familie Kennedy half, diese Barriere zu überwinden. Auf Kennedys Initiative hin wurde eine Sportorganisation für geistig behinderte Sportler unter dem Namen Special Olympics ins Leben gerufen. Es dauerte Zeit, bis sie international Anerkennung fand.

Auf Initiative des Leiters des Rehabilitationszentrums Berlin-Lichtenberg, Herrn Helmut Siebert konnte 1988 anlässlich der Special Olympics Wettbewerbe in Warschau ein erster Kontakt hergestellt werden. Als Vorsitzender des Rehabilitationszentrums Berlin – Ost e. V. organisierte Helmut Siebert 1990 die erste Gesamtberliner Sportveranstaltung im Zeichen von Special Olympics. Die weitergehende systematische Unterstützung des Aufbaus von Special Olympics Deutschland durch den Verein beruhte darauf, dass Sport zum festen Bestandteil des Rehabilitationsprogramms in der Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gehörte und nach wie vor gehört. Eigens angestellte Fachkräfte für Bewegung und Sport führen den Breitensport in der Woche durch. Er ermöglicht zugleich, Interessenten für einen darüber hinausgehenden leistungsorientierten Sport zu gewinnen. Mit diesem Potential im Hintergrund und der SG Rehabilitation Berlin-Lichtenberg gelang es, 1991 zur Gründung von Special Olympics Deutschland e. V. maßgeblich beizutragen und die Arbeit mit zu gestalten. Dafür wurde Herr Gernot Buhrt, langjähriger Mitarbeiter des e.V. bzw. der RBO mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Von 2006 bis 2017 lag die Leitung des Landesverbandes Special Olympics Berlin - Brandenburg in den Händen von Herrn Dr. Walter Pohl.

Sportler, die in der LWB tätig sind, bzw. durch die RBO in Wohneinrichtungen, Wohngemeinschaften oder durch das Betreute Einzelwohnen begleitet werden, beteiligen sich an nationalen und internationalen Wettbewerben von Special Olympics und erzielen beachtliche Ergebnisse.

Ein Höhepunkt war beispielsweise die Teilnahme an den Special Olympics World Summer Games 2007 in Shanghai.

Von den 160 Sportlern der deutschen Mannschaft unter 7500 Teilnehmern insgesamt haben Lichtenberger Sportler, u.a. auch die Fußballmannschaft, Medaillen gewonnen und achtbare Plätze belegt.

7. in der Herausgabe des Mitteilungsblatts des Vereins

Im Auftrage des Vereinsvorstandes richtete Prof. Dr. K.-P. Becker im Juli 1993 unter dem Titel „Halbzeit“ einen Brief an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wörtlich heißt es darin: „Der Vorstand des Rehabilitationszentrums Berlin – Ost e.V. nimmt diesen Zeitpunkt zum Anlaß um Ihnen auf diesem Wege einen Einblick in die wichtigsten Geschehnisse in unserem Rehabilitationszentrum in den vergangenen 6 Monaten zu geben. Wir gehen davon aus, dass keiner von Ihnen mehr die Vielfalt der Ereignisse angesichts unserer differenzierten Struktur überblicken kann und dennoch einen Gesamtüberblick erhalten oder behalten möchte.“ Daraus ist in den Folgejahren unter der Redaktionsleitung von Herrn Siebert und einem ehrenamtlichen Kollegium, dem anfangs Herr Altmann,

Herr Jaros und Frau Kaminski angehörten, ein respektables Journal entstanden, das halbjährlich erscheint.

8. in der Ausrichtung von Fachtagungen

Der Vorstand richtete in Übereinstimmung mit der Satzung sein Augenmerk auch auf die Qualifizierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Vervollkommnung der praktischen Arbeit. Dazu sollten jährlich stattfindende Fachtagungen beitragen. Die 1. Fachtagung veranstaltete der Verein gemeinsam mit der GIW – Wohnanlage Mühlenberg gGmbH am 22.04.1998. Bis 2008 fanden 11 Fachtagungen statt.

- **Hinsichtlich der Erweiterung der Arbeits- und Wohnkapazitäten sowie des Vereinsvermögens**
20.04.2006 – der Verein erwirbt das Grundstück Allee der Kosmonauten 23B und am
10.01.2008 – das Grundstück Spittastraße 38 mit der Option des Baus eines Mietshauses auch für Wohngemeinschaften.

Feier zum zehnjährigen Jubiläum des Vereins am 11. November 2000

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens Rehabilitationszentrum Berlin – Ost e. V. fand am 1.11. 2000 im Quality-Hotel & Suites Wilmhemsberg eine Festveranstaltung statt, der der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Eberhard Diepgen, ein Grußwort widmete. Es fand Aufnahme in eine Festschrift mit weiteren Würdigungen, einer Vereinschronik und Berichten über das aktuelle Geschehen. Die Festschrift endet mit einem Ausblick des Vorsitzenden auf die Aufgaben und Vorhaben der kommenden Jahre.

Feier zum zehnjährigen Bestehen Wohnanlage Mühlenberg in Schollene und die gemeinnützige GmbH Gemeinwesen – Integriertes - Wohnen (GIW) am 21.07.2008

Die offizielle Würdigung fand am 25. September statt, gefolgt am nächsten Tag von einem fröhlichen Fest der Bewohner der GIW und ihrer Gäste.

Gründung der Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin – Ost, 2008

Am 22. September 2008 erkannte der Senat von Berlin die Gründung der Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin-Ost an. Es handelt sich um eine sog. Anstaltsstiftung, d.h. das Vermögen des eingetragenen Vereins Rehabilitationszentrum Berlin-Ost ist in eine Stiftung überführt worden. Die Tochtergesellschaften des Vereins sind zu gleicher Zeit Tochtergesellschaften der Stiftung geworden, ohne ihren Rechtsstatus als gemeinnützige GmbHs zu verändern.

Dieser Rechtsakt war das Ergebnis einer langen Diskussion im Verein Rehabilitationszentrum Berlin-Ost e. V. Die Mitgliederversammlung zog den Schluss, dass die Intentionen der Gründergeneration des Vereins auch in der Perspektive in der Rechtsform einer Stiftung am besten gewahrt werden können. Sie ermächtigte lt. Beschluss den Vorstand, die Gründung der Stiftung zu betreiben. Der Vorstand hat den Beschluss ausgeführt. Die Stiftung unterliegt seit ihrer Gründung der staatlichen Aufsicht und Kontrolle. Sie schließen die Einhaltung des festgeschriebenen Stiftungszwecks sowie die Erhaltung des Vermögens der Stiftung ein.

Die Stiftung ist Mitglied des Deutschen Paritätischer Wohlfahrtsverband und des Special Olympics Deutschland e.V.

Ein Kuratorium und ein Vorstand bilden die Organe der Stiftung.

Die Leitung der Stiftung liegt in den Händen des Vorstandes, der für jeweils 5 Jahre berufen wird. Das Kuratorium berät, unterstützt und überwacht die Tätigkeit des Vorstands. Den ersten Stiftungsvorstand bildeten dem Stiftungsgeschäft zufolge:

Prof. Dr. Klaus-Peter Becker, Vorsitzender des Stiftungsvorstandes
RA Christian Werner, Stellv. Vorsitzender
Ingrid Morgenstern, Mitglied

Der Vorstand übt zugleich die Funktion als Gesellschafter der RBO - Rehabilitationszentrum Berlin-Ost gGmbH
der LWB - Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH
der GIW - Wohnanlage Mühlenberg gGmbH
aus.

Die ehrenamtliche Leitung der Geschäftsstelle übernahm Herr Helmut Siebert.
Das Kuratorium setzte sich anfangs wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Christa Seidel, Vorsitzende
Ulrich Zschocke, Stellv. Vorsitzender
Elke Olizeg, Mitglied
Eva Hofschulz, Mitglied
Oswald Menninger, Mitglied

Frau Prof. Dr. Seidel bat zum 1. 1. 2010 das Kuratorium aus persönlichen Gründen um ihre Entlastung als Vorsitzende und Mitglied des Kuratoriums. Sie wurde anlässlich des Neujahrsempfanges 2010 der Stiftung mit Dank für ihre langjährige aktive Arbeit würdig verabschiedet.

Herr Zschocke übernahm nach dem Weggang von Frau Prof. Dr. Seidel mit Wirkung vom 1. 1. 2010 den Vorsitz des Kuratoriums. Am 08.06.2010 wurde nach § 8 der Stiftungssatzung Frau Heidemarie Klose zum Mitglied des Kuratoriums berufen. Am 19. 10. 2010 erfolgte die Berufung von Herrn André Graff und Herrn Uwe Herbig zu Mitgliedern des Kuratoriums.

Am 22. 2. 2011 wurde Frau Heidemarie Klose zum Stellvertreter des Kuratoriumsvorsitzenden gewählt. Demnach bestand das berufene Kuratorium zum 22.02.2011 aus:

Ulrich Zschocke, Vorsitzender
Heidemarie Klose, stv. Vorsitzende
André Graff, Mitglied
Herrn Uwe Herbig, Mitglied
Frau Eva Hofschulz, Mitglied
Frau Elke Olizeg, Mitglied
Herrn Oswald Menninger, Mitglied

Erste Berufungs- Arbeitsperiode des Vorstands, 2008 bis 2013

Vorstand

Die Zusammensetzung des Vorstands blieb zunächst konstant. Das Kuratorium berief im Herbst 2012 Frau Angela Schleupner als weiteres Vorstandsmitglied. Damit wuchs der Stiftungsvorstand auf insgesamt 4 Personen an:

Prof. Dr. Klaus-Peter Becker, Vorsitzender
RA Christian Werner, stv. Vorsitzender
Ingrid Morgenstern
Angela Schleupner

Arbeitsweise des Vorstands

Die Arbeitsweise des Vorstandes diene generell der Erfüllung des Stiftungszwecks. Sie bezieht sich gemäß der Struktur der Stiftung auf ausgewiesene Geschäftsfelder und auf die Funktion des Vorstandes als Gesellschafter der

- LWB - Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH ,
- RBO - Rehabilitationszentrum Berlin - Ost gGmbH ,
- Gemeinwesen – Integrierten – Wohnanlage (GIW) Mühlenberg gGmbH in Schollene, Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt > ,
- LBD – Lichtenberger Betreuungsdienste gGmbH

Die Geschäftsfelder bestehen aus

- der Vermittlung sozialpolitischer Entscheidungen
- der strategischen Entwicklung der Stiftung im Verbund ihrer Tochtergesellschaften
- der jährlichen Planung der gegenstandsbezogenen Aktivitäten sowie der Finanzplanung
- der Leitung der AG Elterngesprächskreis
- der Öffentlichkeitsarbeit
- der Förderung der Weiterbildung
- der Veranstaltung jährlich stattfindender Fachtagungen bzw. gleichartigen Symposien
- der zweimaligen Herausgabe Stiftung interner Publikationen im Jahr, der EINBLICKE
- der Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen in der Schriftenreihe „inmitten“ sowie einzelner Monographien
- der Mitgliedschaft in Special Olympics, Landesverband Berlin-Brandenburg
- den Verpflichtungen aus Mitgliedschaften in sozial orientierten Vereinigungen, wie z.B. Transparency International
- der Entwicklung zukunftssträchtiger Projekte zugunsten der Integration / Inklusion von Menschen mit geistigen, psychischen oder mehrfachen Behinderungen
- den Verpflichtungen als Eigentümer, Teileigentümer und Vermieter
- der Zuständigkeit als Bauherr
- der Wahrnehmung von Maßnahmen der „Offenen Fürsorge

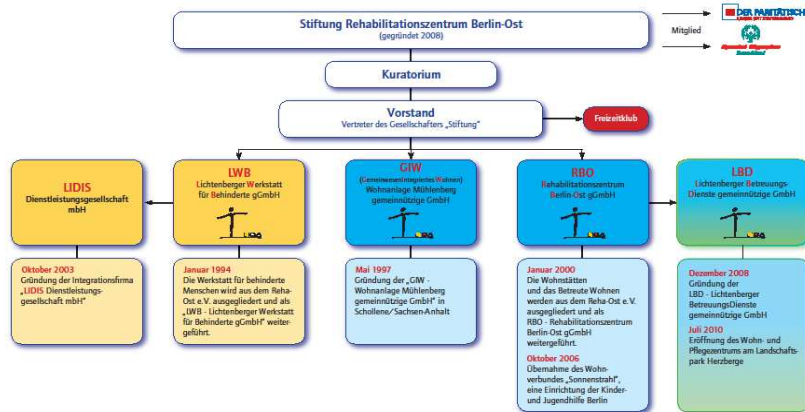
Der Vorstand folgte in seiner Tätigkeit den Vorgaben einer Geschäftsordnung, die er sich der Satzung gemäß gegeben hat. Es werden Jahresarbeitspläne aufgestellt, zu deren Erfüllung jedes Vorstandsmitglied arbeitsteilig beiträgt. Am Ende jedes Jahres werden die erzielten Ergebnisse in einem Jahresbericht festgehalten und von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Es obliegt dem Kuratorium, einem positiven Ergebnis des Prüfungsberichtes zufolge den Vorstand zu entlasten.

Stiftung als Gesellschafter

Gegenüber den Tochtergesellschaften tritt der Vorstand in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auf. Er begleitet die Entwicklung jeder Tochtergesellschaft kontinuierlich. Im allgemeinen finden dreimal im Jahr Gesellschafterversammlungen statt. Die Jahresabschlüsse werden von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Sie dienen dem Gesellschafter als Grundlage für die Beurteilung / Entlastung des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin für das zurückliegende Jahr.

Die Struktur der Stiftung 2012

Das folgende Organigramm vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der Tochtergesellschaften bis zum Jahre 2012 unter dem Dach der Stiftung. Die Pfeile geben die auf die Gesellschafter bezogenen Abhängigkeiten an.



Zweite Berufungs- / Arbeitsperiode des Vorstands, 2013 – 2018

Kuratorium

Mit Kuratoriumsbeschluss vom 28. 10. 2014 wurden Frau Petra Trenkel und vom 26. 5. 2015 Frau Karin Scheurich zu Mitgliedern des Kuratoriums berufen. Frau Eva Hofschulz und Frau Elke Olizeg beendeten auf eigenen Wunsch ihre Mitgliedschaft im Kuratorium. Das Kuratorium setzte sich nunmehr wie folgt zusammen:

- Ulrich Zschocke, Vorsitzender
- Uwe Herbig, stv. Vorsitzender
- André Graff, Mitglied
- Heidemarie Klose, Mitglied
- Oswald Menninger, Mitglied
- Karin Scheurich, Mitglied
- Petra Trenkel, Mitglied

Vorstand

Der Vorstand hatte sich Ausgang seiner vorausgegangenen Berufungs- / Arbeitsperiode im Hinblick auf die Perspektive der Stiftung mit der Altersstruktur der Leitungen befasst. Die Wahlperiode endete im August 2013. Eine zukunftsorientierte Übergabe des „Stafettenstabs“ wurde vereinbart. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Becker, bat nach zwanzigjähriger Tätigkeit und in Anbetracht seines Lebensalters um seine Entlastung vom Vorstandsvorsitz. Das Kuratorium billigte die Vorschläge. Demzufolge schied Herr Siebert als GF der RBO und GIW aus und kandidierte für den Stiftungsvorstand.

Der am 28. August 2013 neugewählte Stiftungsvorstand konstituierte sich mit Zustimmung des Kuratoriums noch am gleichen Tage und wählte Herrn Siebert zum Vorsitzenden:

- Helmut Siebert, Vorsitzender
- Rechtsanwalt Christian Werner, Stellv. Vorsitzender
- Prof. Dr. Klaus-Peter Becker, Mitglied
- Ingrid Morgenstern, Mitglied
- Angela Schleupner, Mitglied.

Jedes Vorstandsmitglied nimmt gemäß der Geschäftsordnung jeweils die Belange ausgewählter Geschäftsfelder wahr.

Mit Beginn der zweiten Amtsperiode des Stiftungsvorstandes (ab 1. 9. 2013) endete die enge räumliche und personelle Verbindung von Stiftung und Tochtergesellschaft RBO gGmbH.

Die Aktivitäten der Stiftung werden von der Stiftungsgeschäftsstelle in der Allee der Kosmonauten 23B, 10315 Berlin geleitet. Für die Verwaltungsaufgaben der Stiftung sind eine Sekretärin und eine Verwaltungsmitarbeiterin zuständig.

Der Vorstand setzte in der gewählten Formation seine Arbeit gemäß der Geschäftsordnung und des jeweiligen Jahresarbeitsplans kontinuierlich fort. Er übte zugleich die Funktion als Alleingesellschafter

- der RBO - Rehabilitationszentrum Berlin-Ost gGmbH,
- der LWB - Lichtenberger Werkstätten gemeinnützige GmbH
- der GIW - Wohnanlage Mühlenberg gGmbH (seit dem 30. 9. 2014) und
- der LBD - Lichtenberger Betreuungsdienste gemeinnützige GmbH (seit dem 30. 9. 2014)

aus.

Die Stiftung ist Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, LV Berlin e.V., von Special Olympics Berlin-Brandenburg e.V., der KulturLeben Berlin – Schlüssel zur Kultur e.V. und seit 2017 des Deutschen Kuratorium für Therapeutisches Reiten e.V..

Geschäftsfelder des Vorstands

Die Geschäftsbereiche des Vorstands gleichen denen der ersten Berufungs-/Arbeitsperiode.

Der Geschäftsbereich: „Entwicklung zukunftssträchtiger Projekte zugunsten der Integration / Inklusion von Menschen mit geistigen, psychischen oder mehrfachen Behinderungen“ verdient es, in dieser Periode insofern hervorgehoben zu werden, als der Vorstand ein zukunftssträchtiges, wegweisendes Projekt in Angriff genommen hat, die Errichtung eines **Inklusiven Pferdesport- und Reittherapiezentrums**.

Die Stiftung möchte an die traditionsreiche Reitsportgeschichte von Friedrichsfelde/Karlshorst anknüpfen. Es ist beabsichtigt, ergänzend zu der bestehenden Trabrennbahn eine moderne inklusive Einrichtung zu errichten, die dem Pferdesport, insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen im Rahmen von Special

Olympics und Paralympics, dient. Hippotherapie, Heilpädagogisches Reiten sowie Voltigieren gehören untrennbar dazu. Der Stiftung kommt zustatten, dass auch das Bezirksamt Lichtenberg dringend an einer sinnhaften Nutzung der Rennbahn Karlshorst über die derzeitige Nutzung als Trabrennbahn hinaus interessiert ist.

Am 11. 3. 2014 traf der Vorstand eine grundsätzliche Entscheidung für das Projekt und beauftragte den Vorstandsvorsitzenden, weitere Schritte vorzunehmen und im Vorstand ggf. weitere Beschlüssen zu fassen. Die Vorbereitungsarbeiten wurden 2015 fortgesetzt. Die Stiftung erwarb vom Pferdesportpark Berlin-Karlshorst e.V. ein 96720 m² großes Grundstück und ein 5.972 m² großes Grundstück an der Treskowallee 159, 10318 Berlin mit den bemerkenswerten Baudenkmalern Waage, Rundstall und Führung.

Die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes des inklusiven Zentrums ist für 2019 vorgesehen. Spätestens 2020 soll die denkmalgerechte Instandsetzung von Waage und Rundstall beginnen.

Die Fachtagung 2017 in Schollene (12. Juni 2017) widmete sich dem Stiftungsprojekt und fand unter dem Titel „Menschen und Pferd – eine Einheit von Therapie und Sport“ statt.

Vorstand als Gesellschafter

Der Vorstand übt die Funktion als Gesellschafter prinzipiell in der gleichen Weise aus, wie in der ersten Berufungs- / Arbeitsperiode beschrieben.

Alle Mitglieder des Vorstandes nahmen ihre Funktionen als Vertreter des Gesellschafters kontinuierlich wahr.

Neben den Gesellschafterversammlungen wurde in jeder Vorstandssitzung ausführlich über „Aktuelles aus den Tochtergesellschaften“ gesprochen. Die Vorstandsmitglieder informierten sich dabei gegenseitig über ihre Erkenntnisse und gesammelten Erfahrungen. Von grundlegender Bedeutung war die Strukturreform der RBO, die deshalb nachgezeichnet wird:

Veränderungen in der Geschäftsführung der LWB

Am 31.10.2016 ging der Geschäftsführer der LWB, Herrn Dr. Pohl, in den Ruhestand und Herr Florian Demke übernahm die Geschäftsleitung.

Veränderungen der Struktur der RBO

Bereits Ende 2015 wurde deutlich, dass bei der RBO in deren Vielfalt und der aktuellen Struktur Strukturveränderungen notwendig sind. Ab Dezember 2015 führte der Vorstand als ein Schwerpunktthema intensive Gespräche über notwendige Veränderungen in der Firmenstruktur.

Bei der Analyse und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen wurden Arbeitsrechtler und Steuerberater, denen die Struktur von „Reha-Ost“ bekannt ist, als Sachverständige herangezogen. Der Vorstand fasste am 8.3.2016 den Beschluss zur Veränderung der bisherigen Struktur und informiert daraufhin ausführlich die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften. Dem Finanzamt für Körperschaften I wurde durch den Steuerberater der Stiftung die bevorstehenden Veränderungen am 6. 4. 2016 mitgeteilt. Mit Schreiben vom 30.3.2016 erhielten die Betriebsräte von RBO und GIW ausführliche Informationen über die Veränderungen. In einer Betriebsversammlung am 20. 4. 2016 in Berlin und am 2. 5. 2016 bei der GIW in Schollene wurden die Fragen der Belegschaften beantwortet.

Der Stiftungsvorstand als Vertreter des Gesellschafters und die jeweiligen Gesellschafterversammlungen fassten u.a. folgende Strukturveränderungsbeschlüsse:

- Die GIW gGmbH verändert ihren Firmennamen ab IV. Quartal 2016 in „RBO - WohnStätten gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in 10315 Berlin, Allee der Kosmonauten 23A. Als Geschäftsführerin der Gesellschaft wird am 19. 7. 2016 Frau Beate Leonhard berufen. Zum 1. 1. 2017 werden durch Abspaltung die Wohnstätten und das ABFB aus der RBO gGmbH ausgegliedert und mit der RBO - WohnStätten gemeinnützige GmbH verschmolzen (gemäß § 123 Abs. 2 UmwG). Der Übergang aller Mitarbeitenden erfolgt nach § 613 a BGB.
- Die Stiftung gründet eine neue Gesellschaft mit dem Firmennamen „RBO - Zentrale Dienste & Beratung GmbH“. Der Firmensitz ist 10315 Berlin, Allee der Kosmonauten 23A. Als Geschäftsführerin wird Frau Dr. Bettina Hecht berufen. Gegenstand der Gesellschaft ist die Fortführung aller Verwaltungs- und Dienstleistungsvorgänge, die bis dahin durch die Geschäftsstelle der RBO gGmbH ausgeführt werden. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle gehen kraft Betriebsübergang im Rahmen des § 613 a BGB auf die neugegründete Gesellschaft über. Die Geschäftstätigkeit der neuen Gesellschaft begann am 1. 10. 2016.

- Die RBO gGmbH veränderte ihren Firmennamen ab IV. Quartal 2016 in „RBO - Inmitten gemeinnützige GmbH“. Die Geschäftsstelle der Firma befindet sich in 10367 Berlin, Möllendorffstr. 68. Als Geschäftsführer der Gesellschaft wurde zum 01.01.2017 Herr Emilio Bellucci berufen.

Obwohl die Stiftung als Alleingesellschafter im Schreiben vom 30. 3. 2016 an die Betriebsräte bestätigte, „dass weder Gehaltskürzungen, Kürzungen von Urlaubsansprüchen noch sonstiger Arbeitnehmeransprüche, die Arbeitsvertraglich oder per Betriebsvereinbarungen geregelt sind, geplant hat“, wurde erst am 27.09.2016 die „Vereinbarung zum Interessenausgleich“ zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung unterzeichnet. Damit kehrte nach 6 Monaten Unruhe der normale Alltag in der RBO gGmbH wieder ein.

Alle wichtigen Fragen der Umstrukturierung wurden auch in „Einblicke“, der Informationsbroschüre der Stiftung, kommuniziert. Im Heft 40 (August 2016) erhielten die Leser durch den Stiftungsvorstand unter der Überschrift „Pfade in die Zukunft“ ausführliche Begründungen zur Umstrukturierung. Im Heft 41 (Dezember 2016) verwies der Vorsitzende des Vorstandes auf Lehren aus dem Vorgang und es wurden die Organigramme der Stiftung und der Tochtergesellschaften und die neuen Geschäftsführer vorgestellt. Auch der Artikel „Blumen, die im Vorborgenen blühen“ von Prof. Klaus-Peter Becker beschäftigte sich mit den Strukturveränderungen.

Im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 kam es dann darauf an, den Teilungsvertrag aufzustellen, die Betriebsräte darüber zu informieren und die notarielle Beglaubigung bis zum 31. 8. dem Registergericht Charlottenburg vorzulegen.

Struktur der Stiftung 2017

Organigramm

